

Herbstsession 2013

Die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges für die Schweizerarmee war das Hauptthema der Session. Bundespräsident Ueli Maurer empfängt die erfolgreichen Berufsweltmeister. Ein total missglückter Forschungsauftrag mit Rehkitzen bereitet den Verantwortlichen zu Recht Bauchweh.

Die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges vom schwedischen Typ „Gripen“ gibt nicht nur in Bundesbern, sondern auch in weiten Kreisen der Schweizer Bevölkerung seit längerem zu reden. Nach langem Hin und Her in der Sicherheitspolitischen Kommission kam das Geschäft nun auf die Traktandenliste des Nationalrates. Es entspannte sich dazu eine lange und intensive Debatte. Am Schluss obsiegte eine relativ deutliche Mehrheit aus SVP, FDP, CVP und BDP, welche die Vorlage befürwortete. Ablehnend stellten sich SP, Grüne und GLP. Weil die Finanzierung von gut drei Milliarden Franken ein sogenanntes Fondgesetz als Rechtsgrundlage vorsieht, kann das Referendum dagegen ergriffen werden. Dieses gilt als sicher, und somit kann das Schweizervolk im nächsten Jahr darüber abstimmen.

Brauchen wir den Gripen?

Zur Frage, ob der Gripen nun das richtige Flugzeug sei oder ob ein anderer Flugzeugtyp für die Schweizer Armee besser geeignet wäre, dazu habe ich mich nie geäußert. Die Antwort dazu muss ich den Fachleuten überlassen. Wenn ich als Schreinermeister eine neue Maschine für die Möbelproduktion kaufe, dann frage ich weder einen Lehrer, einen Metzger oder einen Universitätsprofessor. Ich lasse mich von Fachleuten beraten und diskutiere mit Berufskollegen. Genauso mache ich mir als Schreinermeister und Nationalrat nicht an, genau zu wissen, welches Flugzeug nun für die Schweizer Armee das richtige ist. Die entscheidende Frage war und ist für mich eine andere: Braucht die Schweiz überhaupt ein neues Kampfflugzeug?

Verfassungsauftrag

Wenn die Schweiz ihrem Verfassungsauftrag der bewaffneten Neutralität auch in Zukunft gerecht werden will, dann muss die Armee auch die Hoheit über den Luftraum unseres Landes gewährleisten. Deshalb ist es für mich viel mehr ein verfassungsrechtliches Votum, welches das Parlament mit seinem Ja zum Gripenkauf abgegeben hat. Es wäre durchaus möglich, den sogenannten Luftschirm über der Schweiz an die Nato zu delegieren. Das käme vermutlich weniger teuer. Aber damit gäbe die Eidgenossenschaft einen wesentlichen Teil ihrer bewaffneten Neutralität auf. Wir wären im Ernstfall auf Gedeih und Verderben fremden Mächten ausgeliefert, wenn diese auch noch so freundschaftlich mit uns verbunden sind. Aus dieser Überlegung heraus stellte sich für mich nur noch die Frage, brauchen wir den Gripen jetzt oder erst in ein paar Jahren. Und auch dazu sagen die Sachverständigen im VBS und in der Sicherheitspolitischen Kommission, es sei jetzt an der Zeit, die Ersatzbeschaffung für den Tiger zu vollziehen. Also habe ich Ja gesagt. Politik ist zugegebenermassen manchmal nicht ganz einfach; in dieser Frage hier war sie für einmal anders, ich hörte auf mein staats- und neutralitätspolitisches Verständnis. Und damit war die Sache klar.

Berufsweltmeister im Bundeshaus

Am 12. September wurde die 40-köpfige Schweizer Delegation, welche an den Berufsweltmeisterschaften in Leipzig so erfolgreich abgeschnitten hatte, von Bundespräsident Ueli Maurer und Nationalratspräsidentin Maya Graf im Bundeshaus empfangen. Nachdem die jungen Berufsleute auf der Ehrentribüne des Nationalratsaals mit einem herzlichen Applaus begrüsst wurden, ging es weiter zum Empfang beim Bundespräsidenten. Er gratulierte der Delegation zum hervorragenden Abschneiden - die Schweiz belegte hinter Südkorea den zweiten Rang in der Nationenwertung – und lud nachher zu einem Apéro im Parlamentsrestaurant ein. Ich habe die Nationalratspräsidentin zu diesem Anlass begleitet und durfte ihr und dem Bundespräsidenten nicht ohne Stolz den Weltmeister der Massivholzschreiner, Prisco Egli aus Gossau SG vorstellen.

Rehkitze als Opfer von Forschungswahn

Die Tatsache, dass die Wildhüter im Berner Oberland in einer raschen Aktion 18 Rehkitze erlegen mussten, um sie vor dem qualvollen Erstickungstod zu bewahren, war nicht nur unter den Jägern im Parlament ein Thema. Wie kam es dazu?

Im Rahmen einer Studie und einer Doktorandenarbeit der Universität Zürich wurden im Frühsommer ungefähr 30 junge Rehe im Kander- und Simmental mit sogenannten Halsbandsendern ausgestattet. Damit sollte herausgefunden werden, wie viele dieser Tiere den Luchsen als Beute zum Opfer fielen. Im Laufe des Sommers stellte sich dann heraus, dass sich die Halsbänder dem Wachstum der Rehkitze nicht anpassten. Den Tieren drohte also ein qualvoller Erstickungstod. In dieser Situation sahen die Projektverantwortlichen keinen anderen Ausweg, als die leidenden Tiere zu töten. Insgesamt 18 Rehe wurden mit einem gezielten Schuss erlegt. Was mit den anderen passiert ist, weiss man scheinbar nicht.

Sowohl in der Session des Nationalrates wie auch im Berner Grossen Rat gibt die Sache zu reden. In der Fragestunde des Nationalrates konnte man vernehmen, dass sich das Bundesamt für Umwelt (BafU) bis anhin mit Fr. 477'000.- an besagtem Forschungsprojekt beteiligt hat. Auf weitergehende Anfragen geben sich die Verantwortlichen eher bedeckt; die Frage nach einer Strafanzeige wegen Tierquälerei konnte (oder wollte) nicht konkret beantwortet werden. Deshalb sind am Schluss der Session mehrere Vorstösse eingereicht worden, welche Auskunft zur Studie und zum fehlerhaften Material verlangen.

Kritik an Forschungsprojekt

Die ganze Geschichte wirft grundsätzliche Fragen zur Forschungspolitik der Universitäten und des Bundes auf. Bekanntlich unterstützt der Bund die Forschung jährlich mit fast 2'000 Millionen Franken. Wie das dargestellte Beispiel zeigt, wird mit den Geldern manchmal auch Forschung um der Forschung willen betrieben. Da haben sich ein paar Wildbiologen vor allem selber beschäftigt. Wenn es darum geht, von der öffentlichen Hand Forschungsgelder zu bekommen, handeln selbst intelligente Universitätsprofessoren kreativ, um nicht zu sagen, unsinnig. Anders als kreativen intellektuellen Unsinn kann man das besagte Rehkitz-Projekt mit dem besten Willen nicht bezeichnen. Da waren mehr Dilettanten als Wissenschaftler am Werk.

Die Politik ist gut beraten, den Forschungsmanagern in Zukunft besser auf die Finger zu schauen. Denn auch Forschungsgeld ist Steuergeld. Besonders in einer Zeit, wo die Politik wehrweisst, wie zum Beispiel unsere Sozialwerke finanziert werden sollen oder wie die Verkehrsinfrastruktur in Zukunft zu bezahlen sei. Deshalb habe ich ein Postulat eingereicht, welches den Bundesrat beauftragt, in Zukunft bei der Vergabe von solchen Aufträgen besondere Sorgfalt walten zu lassen oder besser ganz darauf zu verzichten.

Luzerner Regierung in corpore in Bern

In der letzten Sessionswoche lud die Luzerner Regierung alle zwölf Bundesparlamentarier zu einem Treffen ins Haus der Kantone in Bern ein. In Anwesenheit der gesamten Regierung und des Staatsschreibers wurden kantonale Anliegen (z. Bsp. der Tiefbahnhof Luzern oder die Verlagerung von Bundesaufgaben auf die Kantone und Gemeinden) vis a vis der Bundespolitik diskutiert. Ein solcher Gedankenaustausch macht durchaus Sinn, denn die regionalen Verteilungskämpfe werden im Bundesparlament nicht kleiner. So gesehen ist die Initiative der Luzerner Regierung zu begrüßen. Es besteht die Absicht, dieses Treffen zu einem festen Bestandteil der politischen Kommunikation zwischen Regierung und den Eidg. Parlamentariern zu machen.

Auftritt in Classe Politique

Am Mittwochabend der dritten Sessionswoche wird jeweils aus dem Fernsehstudio des Bundeshauses die Sendung Classe Politique ausgestrahlt. Diesmal befasste sie sich mit der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Auf Grund meiner Funktion als Präsident des Verbandes Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten (VSSM) wurde ich zur Mitwirkung angefragt. Es war mein erster Auftritt in dieser Sendung. Die Diskussionskultur mit Moderator Hans-Peter Forster war angenehm. Schade, dass wir nicht mehr Zeit zur Verfügung hatten, das Thema hätte noch einiges mehr hergegeben.

Ruedi Lustenberger, Nationalrat (CVP), Romoos